

VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

**IN 100
JAHREN VIEL
BEWEGT -
EINE
ZEITLEISTE**

Luise Zietz wird 1908 - als mit Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes Frauen endlich politischen Organisationen beitreten durften - als erstes weibliches Mitglied in den SPD-Parteivorstand gewählt, zuständig für Frauenarbeit.



Auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 schlägt Clara Zetkin, Chefredakteurin der Sozialdemokratischen Zeitschrift „Gleichheit“, die Einführung eines internationalen Frauentages vor. Am ersten Frauentag am 19. März 1911 nehmen in Berlin rund 45.000 Frauen teil und fordern das Frauenwahlrecht. Allein in Wedding und in Moabit sind jeweils rund 5000 Frauen auf Veranstaltungen. Die Sozialdemokratie setzt sich für ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht ein. Den Aufruf zum Frauentag „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ hat der Berliner Polizeipräsident als „Beleidigung der Obrigkeit“ verboten.

Frauen können am 19. Januar 1919 erstmals bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung abstimmen.

Seite 11

DER FRAUENTAG WIRD 100: UND NOCH BLEIBT VIEL ZU TUN

Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die Unternehmen sind in der Pflicht, für mehr Chancengleichheit zu sorgen

Es gab hierzulande Zeiten, da durften verheiratete Frauen nur mit Zustimmung ihres Ehemannes den Führerschein erwerben oder ein Arbeitsverhältnis eingehen. Die Zulassung zum Universitätsstudium wurde den Frauen in Deutschland 1908 bewilligt. Ein Jahrzehnt später erhielten sie das Wahlrecht.

Im 1949 verabschiedeten Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Gleichstellung von Mann und Frau verfassungsmäßig garantiert. Doch im Alltag, im Berufs- und Familienleben, sind Frauen nach wie vor benachteiligt. Oft genug geben die Frauen nach und fügen sich ins bestehende System. Die frühere taz-Chefredakteurin Basha Mika hat das gerade in ihrem Buch „Die Feigheit der Frauen“ (übrigens unter Einbeziehung ihrer eigenen Person) recht anschaulich und provokant beschrieben.

Das Streben nach eigenverantwortlicher Lebensgestaltung der Frauen, die sich gegen niemanden richtet und nur dem Miteinander und der gesellschaftlichen Harmonie dient, hat in Deutschland eine 150-jährige, sozialdemokratische Tradition. Immer stand dabei die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einschließlich Karriere im Mittelpunkt. Denn bei Frauenberufen wie Dienstbotin, Verkäuferin, Kontoristin oder Straßenbahnschaffnerin konnte und durfte es nicht bleiben.

Für Frauen gibt es trotz aller Bemühungen und Teilerfolge eine äußerst ungünstige Qualifikationsstruktur - mit den entsprechenden negativen Folgen im Berufsalltag. Das bekannteste und auffallendste Beispiel ist die Lohndiskriminierung - trotz des seit 1956 in der Bundesrepublik verkündeten Mottos „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“.

Statistisch beträgt der Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen derzeit 23 Prozent zum Nachteil der



Zwischen Kita und Job: Junge Frauen können Unterstützung im Alltag gebrauchen.



Engagiert für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt: die beiden stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Barbara Loth, Stadträtin in Steglitz-Zehlendorf, und Iris Spranger, Staatssekretärin für Finanzen.

weiblichen Beschäftigten. Denn Frauenarbeit wird noch immer bestimmt durch Familienstand, durch die Kinderzahl, durch Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung. Das berechtigte Bedürfnis von Frauen nach einer von der Familie losgelösten beruflichen Betätigung kann in einer erschreckenden Vielzahl von Fällen - auch durch die Haltung der Arbeitgeber und Unternehmen - nicht erfüllt werden.

Die Politik hat hier Bedingungen zu schaffen, die den Text des Grundgesetzes im Alltag verwirklichen. Berlin hat im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten sehr viel getan - unter anderem mit einem beispielhaften Ausbau der Kitas und Ganztagsschulangebote.

Dazu gehört aber auch der politische Druck auf die Unternehmen. Aktuelles Beispiel ist der Vorstoß zur Einführung einer gesetzlichen Frauenquote in den Aufsichtsräten und Vorständen der Wirtschaftsunternehmen. Die von den Unternehmen im Jahr 2001 eingegangene Selbstverpflichtung hat nichts gebracht. Die zwei zuständigen Ministerinnen der schwarz-gelben Bundesregierung streben jetzt einen faulen Kompromiss an: Sie wollen den Unternehmen erneut bis 2013 Zeit zur Umkehr geben. Eine nicht akzeptable Hinhaltenaktik.

Dass manche Unternehmen den berechtigten Wünschen von Frauen entgegenkommen und zum Beispiel betriebseigene Kindergärten einrichten oder die Anwesenheitspflicht lockern, ändert nichts an der Tatsache, dass das Ziel einer Geschlechterquote (die nicht unbedingt „Frauenquote“ heißen muss), die in den politischen Parteien durchaus erfolgreich war, weiterhin mit allem Nachdruck zu verfolgen ist.

Obenan steht bei der Karriere im Beruf natürlich die Qualifikation - und da können die Frauen mit vollem Recht auf ihre Talente und Begabungen vertrauen.

■ Iris Spranger

IN 100 JAHREN VIEL BEWEGT

Am 19.02.1919 spricht die Berliner Sozialdemokratin Marie Juchacz, Reichstagsabgeordnete, Gründerin der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und einziges weibliches Mitglied der verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar, als erste Frau vor einem deutschen Parlament. „Die Männer, die dem weiblichen Teil der deutschen Bevölkerung das bisher zu Unrecht vorenthaltene Staatsbürgerrecht gegeben haben, haben damit eine für jeden gerechenden Menschen, auch für jeden Demokraten selbstverständliche Pflicht erfüllt. Unsere Pflicht aber ist es, hier auszusprechen, was für immer in den Annalen der Geschichte festgehalten werden wird, daß es die erste sozialdemokratische Regierung gewesen ist, die ein Ende gemacht hat mit der politischen Unmündigkeit der deutschen Frau.“

Ab 1921 findet der Frauentag am 8. März statt.

Margarete von Wrangell, die 1922 ein Jahr lang auch am Physikalisch-Chemischen Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu Berlin arbeitet, wird 1923 in Hohenheim zur ersten weiblichen Professorin in Deutschland berufen.

Zwischen 1919 und 1932 liegt der Frauenanteil in der Berliner Stadtverordnetenversammlung bei durchschnittlich 13,5 Prozent.

S.III

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion: Daniela Augenstein (v.i.S.d.P.), Hella Dunger-Löper, Eva Högl, Ulrike Neumann, Barbara Scheffer, Helene Sommer, Iris Spranger
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

FOTOS: ALEXANDER SEMPFF, MANFRED BOETTCHER

EIN PROGRAMM FÜR FRAUEN

Gleichstellung für Berlins Zukunft

Gleichstellungspolitik ist ein Querschnittsthema - auch im aktuellen Wahlprogramm der Berliner SPD.

Die SPD Berlin schaut auf eine zehnjährige Regierungstätigkeit zurück, d.h. wir können auf Erfolge aufbauen, die wir in dieser Zeit erarbeitet haben, wenn es um die Realisierung der Gleichstellung im täglichen Leben ging. Und sie sind natürlich auch ein Resultat der starken Repräsentanz von Frauen in Parlament und Senat. „Handeln statt reden“ war und ist die Devise.

Eine Vielzahl von Initiativen und Maßnahmen hat die Gleichstellung deutlich verbessert: Durch das „Gender Budgeting“, also der geschlechtersensiblen Haushaltsführung, und das Landesgleichstellungsgesetz ist die Stadt Vorreiterin bei der Durchsetzung des grundgesetzlichen Anspruchs auf Gleichstellung geworden. Das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit hat den Frauenanteil in Forschung und Lehre deutlich erhöht. Öffentliche Auftragsvergabe und Bewilligung von Steuergeldern an Unternehmen sind an die Darlegung von Frauenfördermaßnahmen geknüpft.



Hella Dunger-Löper ist Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Als Mitglied des SPD-Landesvorstands koordiniert sie die Erarbeitung des Wahlprogramms.

Und wo andere noch über Frauen in Führungspositionen diskutieren, haben wir gehandelt: Die Hälfte aller Staatssekretäre sind Frauen. Wir haben die Frauenquote von 50% in den Aufsichtsräten bei den landeseigenen Betrieben bereits realisiert. Und auch in immer mehr Vorständen ziehen Frauen ein. In der Justiz ist ein erheblicher Anteil der Präsidenten- und Richterämter durch Frauen besetzt.

Das Wahlprogramm setzt zwei Schwerpunkte: Gute Arbeit und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und

Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration. Gute und mehr Arbeit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben überhaupt. Wir wollen die Durchlässigkeit unseres Bildungswesens stärken und damit Frauen Quereinstieg und neue Aufstiegschancen eröffnen.

Und auch unsere Vorhaben zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts sichern die reale Gleichstellung von Frauen: kostenlose Kita für alle und die Ganztagschule sind wesentliche Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die „City for all“ d.h. die barrierefreie Gestaltung der Stadt, insbesondere des öffentlichen Raums, ermöglicht allen, vor allem auch Frauen mit Kindern, eine neue Qualität der gesellschaftlichen Teilhabe.

Das Wahlprogramm signalisiert Frauen: Hier sind sie gut aufgehoben, hier wird nicht nur von Gleichstellung geredet, hier wird sie auch umgesetzt!

Das Wahlprogramm wird in einem partizipativen Prozess erarbeitet, an dem alle teilhaben können und sollen. Deshalb bringt Eure Vorstellungen ein und beteiligt Euch! ■ Hella Dunger-Löper

GERECHTIGKEIT AUF DEM PRÜFSTAND

Konsequenzen aus dem ersten Gleichstellungsbericht der Berliner SPD

Am 10. Oktober 2009 verabschiedete der Landesparteitag der Berliner SPD einen Antrag zur Klärung innerparteilicher Geschlechtergerechtigkeit. Hintergrund war die Aufstellung der Direktkandidatinnen und -kandidaten für die Bundestagswahl. In 12 Wahlkreisen traten 9 Männer und 3 Frauen an. Damit kam Berlin im Bundesvergleich mit einem Frauenanteil von 25 % auf den drittletzten Platz.

Die Gründe, die zu diesem unausgewogenen Ergebnis führten, sollten ermittelt werden. Zu diesem Zweck wurde am 15. Februar 2010 eine gemeinsame Arbeitsgruppe des SPD-Landesvorstands und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) eingesetzt, um einen Gleichstellungsbericht zu erarbeiten. Iris Spranger und Rüdiger Scholz wurden als Vorsitzende der AG berufen. Eva Högl, Barbara Scheffer und Sybille Uken gehören diesem Gremium für die AsF an, Vera Junker und Christian Gaebler für den SPD-Landesvorstand.

Am 26. Juni 2010 wurde der erste Gleichstellungsbericht der SPD Berlin auf dem Landesparteitag vorgestellt. Der Bericht gab eine detaillierte Übersicht



Barbara Scheffer ist stellvertretende ASF-Landesvorsitzende.

über Mitgliedschaft und Mitarbeit von Frauen und Männern in allen Gliederungen und Gremien der SPD und zeigte, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in der SPD insgesamt ernst genommen wird. Dies ist ein Erfolg.

Gleichzeitig zeigt der Bericht auch Schwächen auf: Nämlich, dass der Frauenanteil immer noch nicht überall 40 Prozent beträgt, wie es unser Statut erfordert. Analog zum Verfahren auf Bundesebene ist nun vorgesehen, dem Landesparteitag alle zwei Jahre zu den LV-Neuwahlen einen aktualisierten Gleichstellungsbericht als Bestandteil des Rechenschaftsberichts vorzulegen.

Neben der Erstellung des Gleichstellungsberichtes ist es das Ziel der AG herauszuarbeiten, wie die Geschlechtergerechtigkeit künftig in der Berliner SPD auf allen politischen Ebenen statutarisch gesichert werden kann. Und es ist hohe Zeit, über eine Präzisierung der Quotierung im Sinne der Parität oder über Sanktionen nachzudenken.

Die AG Geschlechtergerechtigkeit hat im Januar 2011 mehrere Forderungen beschlossen. Frauen sollen frühzeitig auf Führungsämter vorbereitet werden, weitgehend männlich geprägte Strukturen innerhalb der Partei müssen aufgebrochen werden zu Gunsten der Förderung von Frauen. Flächendeckend sollen u. a. Mentoring-Programme angeboten werden. Es muss eine offenere Diskussionskultur in Bezug auf die Besetzung von Ämtern geschaffen werden. Die Vereinbarkeit von Parteiliebe und der Balance von Beruf und Familie muss verbessert werden. Die Netzwerkarbeit der Frauen muss professionalisiert werden. Diese Arbeit soll unter fachlicher Anleitung und in enger Kooperation mit erfahrenen Institutionen geleistet werden. ■ Barbara Scheffer

BERLIN ALS VORBILD

SPD-Fraktion: Gute Bilanz der Gleichstellungspolitik

Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik ist umfassend: Sie will die Gleichstellung von Frauen in allen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik verwirklichen. Gerade im Bereich der Wirtschaft fallen wichtige Grundsatzentscheidungen. Deshalb haben wir schon 2002 die Kombination des Frauenressorts mit dem Wirtschaftsressort im Berliner Senat durchgesetzt.

Als frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus kann ich für unsere Parlamentsarbeit eine gute Bilanz ziehen. Die Reform des Berliner Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) im November 2010 hat das Gesetzesziel unmissverständlich klargestellt: Die paritätische Teilhabe von Frauen, auch in Führungspositionen - mit Transparenz bei den Stellenausschreibungen über das mit Familie zu vereinbarende Anforderungsprofil bis hin zur Besetzung von Top-Jobs. Die Rechte der Frauenvertreterinnen in Verwaltungen und Unternehmen haben wir gestärkt. Verbesserte Regelungen für die Auf-

tragsvergabe an Privatunternehmen und die Einbeziehung der Bauwirtschaft sorgen dafür, dass Unternehmen, die sich nicht um Frauenförderung kümmern, mit öffentlichen Aufträgen nicht mehr rechnen können.

Aufstellung und Vollzug des Berliner Landeshaushalts sind auf gerechte Geschlechterpolitik ausgerichtet. Beim Ausbau und der Anwendung der entsprechenden Steuerungsinstrumente, in der Fachsprache „Gender Budgeting“ genannt, sind wir Vorbild im In- und Ausland.

Trotz bestehender Finanzprobleme konnten wir eine gute Infrastruktur für Projekte der Frauenhilfe und -selbsthilfe erhalten und teilweise weiter ausbauen.

Mit dem Programm zur Förderung von Chancengleichheit in Forschung und Lehre nehmen wir bei der Erhöhung des Frauenanteils in der Wissenschaft die Spitzenposition ein.

Das „Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm“ mit Masterplan formuliert überprüfbare mittelfristige Ziele. Der erste Berliner Gender-Datenreport



Ulrike Neumann - hier mit Girls' Day-Teilnehmerinnen - ist langjährige frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

stellt auch dafür zielgenaue und zuverlässige Daten zur Verfügung.

Erfolge in der Gleichstellungspolitik sind nicht in Stein gemeißelt, sondern müssen immer wieder neu erkämpft werden. Während in schwarzgelb-regierten Bundesländern Rückschritte zu beklagen sind, ist die Berliner Gleichstellungspolitik mehr denn je Vorbild. Wir wollen alles geben, damit Berlin links, rot und Stadt der Frauen bleibt.

Selbst nach 100 Jahren „Internationaler Frauentag“ bleiben viele Baustellen der Gesellschaft, die uns mahnen, nicht nachzulassen im Kampf für Frauenrechte als unveräußerliche Menschenrechte.

■ **Ulrike Neumann**

IN 100 JAHREN VIEL BEWEGT

Von 1933 bis 1945 wird der Frauentag von den Nazis verboten. Im Dienste der NS-Ideologie wird stattdessen der „Muttertag“ begangen.

1946 führt die sowjetische Besatzungsmacht im Ostteil des Landes den 8. März als „Kampf- und Ehrentag aller fortschrittlichen Frauen“ wieder ein.

**„Für unsere Arbeit scheint sich unter den augenblicklichen Vorzeichen nur die seit langem, meist schon vor 1933 sozialdemokratisch organisierte Hausfrau zu interessieren. Die jüngere berufstätige Frau, selbst wenn sie bereits seit längerem den Weg zur Partei gefunden hat, nimmt an der Frauenarbeit so gut wie überhaupt nicht teil.“
Frauenbericht der Berliner SPD 1958/59. S.IV**

IN 100 JAHREN VIEL BEWEGT

1973 Gründung der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)“.

1976 wird in Berlin das 1. Frauenhaus eröffnet.

Im August 1979 hat die Berliner SPD 36.965 Mitglieder, davon 11.117 Frauen. Acht der 138 Abteilungen haben weibliche Vorsitzende. Fünf von 61 SPD-Abgeordneten sind Frauen. Von den 256 Landesparteitagsdelegierten sind 24 Frauen.

Am 8. März 1984 wird die Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion in einem Ladenlokal des Kurt-Schumacher-Hauses an der Ecke Burgdorfstraße eröffnet. Gründerin und erste Leiterin ist Helga Korthaase.

Am 17. März 1989 trat der erste rot-grüne Senat des Landes Berlin mit Walter Momper als Regierendem Bürgermeister sein Amt an. Mit acht Senatorinnen war weder davor noch danach eine so große Zahl Frauen an politischen Schlüsselstellen in der Stadt tätig.

Der 2011 aktualisierte Gleichstellungsbericht der Berliner SPD weist aus, dass der Frauenanteil unter den Mitgliedern seit dem Jahr 2000 bei rund einem Drittel liegt. Den höchsten Anteil an weiblichen Mitgliedern hat Charlottenburg-Wilmersdorf mit 36,95 Prozent. Die Anzahl der weiblichen Delegierten auf den Landesparteitagen liegt seit 2002 über 40 Prozent. Sie stieg kontinuierlich von 43,70 Prozent in den Jahren 2002/2003 über 44,05 Prozent in 2004/2005, 45,24 Prozent in 2006/2007 und beträgt seit 2008 sogar 58,19 Prozent.

Im Berliner Abgeordnetenhaus sind 23 der 54 Abgeordneten Frauen, was einem Anteil von 42,59 Prozent entspricht.

Die Fortsetzung ist in Arbeit: am 18. September 2011.

FOTOS: ARCHIV BERLINER STIMME (6)

UNTERSCHIEDLICH - ABER GEMEINSAM!

Wie „alter“ und „junger“ Feminismus zusammenpassen

Streitgespräche über alte und neue Formen des Feminismus haben Hochkultur. Mal wird dem modernen Feminismus von Feministinnen „alter Schule“ die Durchschlagskraft abgesprochen, eine feministische Auseinandersetzung fände nicht mehr statt, junge Frauen ruhten sich auf den Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte aus und ließen selbige aufgrund mangelnder Dankbarkeit den Bach runter gehen.

Der junge Feminismus antwortet mit klarer Abgrenzung, nein man wolle nicht die stets kampfbereite harte Frau mit spitzem Schwert und lila Latzhose sein, die Dankbarkeit müsse ein Ende haben und neue Formen, die sich nur entwickeln könnten, wenn die „alte“ Generation endlich mal Platz mache, seien angemessen. Hinterlassen wird - allzu oft - der Eindruck, diese Positionen seien unvereinbar und der wahre Kampf des Fe-



Helene Sommer ist stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner Jusos.

minismus sei der gegen sich selbst. Dabei ist von Unvereinbarkeit gar nicht zu sprechen.

Selbstverständlich hat der Feminismus der 70er Jahre und weit darüber hinaus viel für Frauen erreicht. Er hat die Gesellschaft verändert und besser ge-

macht, er hat Emanzipations- und Partizipationschancen erkämpft und neue Lebensentwürfe ermöglicht. Und natürlich haben die Frauen, die die Schlachten geschlagen haben, unsere Anerkennung und unseren Dank verdient. Und auch die Instrumente und Formen dieser feministischen Welle waren - zumindest in großen Teilen - erfolgreich und für die Frauen wirksam und angemessen.

Gleichzeitig haben aber jüngere Frauen - gerade wegen der Errungenschaften der feministischen Welle - neben aller Dankbarkeit auch Schlachten zu schlagen und zu gewinnen, unter ganz anderen, vielleicht besseren, Rahmenbedingungen. Diese veränderten Rahmenbedingungen und Ansprüche an das eigene Leben haben zur Folge, dass auch die Formen der politischen Auseinandersetzung von dieser Frauengeneration verändert werden und werden müssen. Ein anderer Tonfall, ein anderer Umgang mit der eigenen geschlechtlichen Performanz, der Einbezug von Männern oder auch eine andere inhaltliche Schwerpunktsetzung sind dann die Folge. Das bedeutet nicht, dass früheren Generationen der Erfolg abgesprochen oder ihre Mittel verdammt werden. Es sind auch nicht zwangsläufig die neuen oder die alten Aktionsformen die richtigeren, besseren, angemesseneren, erfolgreicher. Aber es muss jeder Generation erlaubt sein, die Mittel und die Formen zu finden, die für sie richtig sind.

Ein ewiges Abgrenzen oder gar Bekämpfen hilft dabei nicht weiter. Der Kampf gilt dem Patriarchat und seinen Folgen und Ausprägungen, auf unterschiedlichen Wegen - aber am Ende gemeinsam. ■ Helene Sommer

Stichwort:

ACHT JAHRE GENDER BUDGETING IN BERLIN

Gender Budgeting untersucht und bewertet die Einnahmen und Ausgaben des Staates unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit. In Berlin wird seit 2002 basierend auf Senats- und Abgeordnetenhausbeschlüssen daran gearbeitet; es gibt bereits viele Projekte auf Bezirks- und Landesebene. Die systematische Darstellung von Gender-Daten im Haushaltsplan des Landes Berlin ist mittlerweile vorbildlich für das gesamte Bundesgebiet und wird auch international weithin beachtet.

Nach langjähriger Datenanalyse in einigen Bereichen sollen im Haushalt 2012/2013 weitere Schritte zu einer gendergerechteren Mittelverteilung geleistet werden. ■ Iris Spranger



Pauline Staegemann, Emma Ihrer, Anna Nemitz, Louise Schroeder, Marie Schlei, Erika Heß.

STARKE BERLINERINNEN

Sie prägten die Entwicklung der Stadt

Sie haben das Gesicht ihrer Stadt geprägt - die kämpferischen Berliner Frauen. Nicht alle können hier genannt werden.

Pauline Staegemann (1838 - 1909), Urgroßmutter von Jutta Limbach, der früheren Berliner Justizsenatorin und ersten Frau an der Spitze des Bundesverfassungsgerichts, gründete am 28. Februar 1873 die erste sozialdemokratische Frauenorganisation, den „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“. Die im Januar vor hundert Jahren verstorbene Emma Ihrer rief 1890 das Blatt „Die Arbeiterin“ ins Leben, Luise Zietz (1865 - 1922) war die erste Frau in einem Parteivorstand in Deutschland. Karl Kautsky, führender Parteitheoretiker, hatte mit seiner Frau Luise eine Partnerin, die mehr als „die Frau an seiner Seite“ war: Luise, befreundet mit Rosa Luxemburg, übersetzte u.a. zahlreiche Werke zum wissenschaftlichen Sozialismus.

Marie Juchacz (1879 - 1956) war maßgeblich an der Gründung der Arbeiterwohlfahrt beteiligt, deren Vorsitzende sie bis 1933 war. Viele Sozialdemokratinnen waren aktiv im Widerstand gegen

das NS-Regime wie Annedore Leber (1904 - 1968), etliche kamen wie Tony Breitscheid mit ihrem Mann Rudolf ins KZ. Anna Nemitz (1873 - 1962) ver barg die Unterlagen des SPD-Reichstagsabgeordneten Julius Moses vor den Nazis und gehörte 1945 zu den Mitbegründerinnen der SPD in Köpenick. 1953 wurde sie als erste Frau mit der Würde einer Stadtältesten von Berlin ausgezeichnet.

Frauen hatten in der Nachkriegszeit erheblichen Anteil am Wiederaufbau der Stadt, sie prägten wie Ella Kay (1895 - 1988) und Ilse Reichel-Koß (1925 - 1993) entscheidend die Jugendpolitik Berlins, führten wie Louise Schroeder (1887 - 1957) als Bürgermeisterin vom 8. Mai 1947 bis zum 7. Dezember 1948 die Stadt durch die schwierige Zeit von Ost-West-Konfrontation und Blockade. Aus Berlin ging Marie Schlei (1919 - 1983) als Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit ins Kabinett von Helmut Schmidt. Unvergessen ist Erika Heß, die als Bezirksbürgermeisterin im Kiez zwischen Leopoldplatz und Gesundbrunnen liebevoll die „Mutter vom Wedding“ genannt wurde. ■ uh